

An Presse- und Medienvertreter

Dr. Thomas Goppel, MdL
Landesvorsitzender

Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Telefon 089/1243-312
Telefax 089/1243-321
sen@csu-bayern.de

28. Dezember 2013

Pressemitteilung des Landesvorsitzenden der Senioren-Union Bayern

Aus der Sicht der Senioren:

„GroKo setzt zwei Akzente gut.“

München – Thomas Goppel, seit Oktober neuer Landesvorsitzender der Senioren-Union Bayern in der CSU, mag zwar auch nicht alles, was der GroKo-Kompromiss zwischen CDU/CSU und SPD für die nächsten Jahre avisiert, begeistert mittragen; das hindert ihn aber nicht, namens seiner bald 12.000 Mitglieder ausdrücklich zu betonen, dass die beiden großen aktuellen Rentenentscheide solide Akzente für eine Politik der Generationenausgewogenheit setzen.

„Ein Rentenanspruch mit 63 für die, die dann 45 versicherungspflichtige Jahre der Arbeit hinter sich haben, ist nichts als der fällige Ausgleich für eine Aufbaugeneration, die uns im Aufbau alle Kraft gewidmet und die sich selbst nichts geschenkt hat.“ Goppel hält die Gesamtvereinbarung dazu sehr wohl noch für nachbesserungsfähig: „Dort wo die 45 Jahre mit 63 nicht und mit 67 noch nicht erreicht sind, müssen die Koalitionäre in der Feinarbeit zum Koalitionspapier Mittel und Wege aufzeigen, als Berufstätiger auch länger in die Pflicht genommen zu sein, um den morgen noch möglichen Rentenspitzensatz zu erreichen.“ Goppel vermisst in den Papieren, dass zu den Nutznießern verkürzter Arbeitszeiten, insbesondere unter den Akademikern und den Sonderlaufbahnen, nichts ausgesagt wird. „An dieser Stelle kann für eine Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit, an der der Koalition angeblich so viel gelegen ist, noch viel getan werden“.

Das zweite Kapitel, das den Senioren-Unionsvorsitzenden bewegt, ist die umstrittene „Mütterrente“, die Anspruchserwartung auf Rentenbezug für alle, jetzt auch die vor 1992 geborenen Kinder. „Insbesondere die Generation der Frauen, die nach den früher gültigen

Grundsätzen der Gesellschaft den erlernten Beruf für die Erziehung der Kinder viele Jahre „an den familiären Nagel“ gehängt hat, darf nicht länger auf die Anerkennung warten, die ihr Einsatz für die Bewährung und Funktionstüchtigkeit der sozialen Marktwirtschaft erbracht hat. Eine solche Ausgabe aus der Steuerkasse, die das längst aufgedeckte Defizit ausgleichen hilft, können nur die verhindern wollen, die der Familie ihre gesellschaftsnotwendige Grundleistung absprechen. Die Mütter der Kinder von gestern sind (wie die längst ordentlich verrenteten Väter) endlich damit nachträglich zu Garanten der Renten für die kommenden Jahre geworden. Das zu negieren, bleibt den Systemverweigerern überlassen, die an anderer Stelle größten Wert darauf legen, einer nicht im Ansatz vergleichbaren Vielfalt unserer Lebensnormen neue Bahn zu brechen.“

Für Goppel nicht nachvollziehbar bleibt eine Gesellschaft, die die familiäre Arbeitsteiligkeit mit dem Vater im Beruf und der Mutter zuhause (oder auch umgekehrt) nicht anerkennt, um damit der Allgemeinheit für Kindererziehungszeiten reguläre Ausgaben zu ersparen, die im Rentenanspruch nicht aus dem Nichts aufwachsen können. Da muss die Gemeinschaft der Steuerzahler der Gerechtigkeit zuliebe nachlegen. „Für solche Einsicht ist der Union und jetzt auch der GroKo zu danken“, formuliert Goppel für die Senioren.

Für die Zauderer ob einer solchen Aufweitung der staatlichen Grundrentenpflicht erinnert Goppel daran, dass die Zugangsrenten schon seit 20 Jahren nicht mehr gestiegen sind. Sie haben in den letzten zehn Jahren sogar 15% real eingebüßt, im Gegensatz zu den Löhnen, die wenigstens nicht real gefallen sind.